

Wasserwende von unten

Wie wir mit direkter Demokratie die Wasserversorgung zukunftsfähig gestalten

Gemeinsam mit Umweltverbänden und lokalen Initiativen erhöhen wir den Druck auf die Politik, unser Wasser zu schützen und die Wassernutzung gerecht zu regulieren.

Bürger*innen und zivilgesellschaftliche Gruppen können sich mittels direkter Demokratie wirksam für eine zukunftsfähige Wasserversorgung vor Ort einsetzen.



Mögliche Forderungen

- Regenwasser als Ressource nutzen und Gebiete klimaangepasst gestalten (Schwammstadt)
- Trinkwasserversorgung priorisieren, z.B. wenn Genehmigungen zur Wassernutzung bei Bauvorhaben anstehen
- Wasserversorgung in öffentliche Hand zurückführen
- Renaturierung von Flüssen und Bächen sowie Wiedervernässung von Mooren
- Konzepte und regionale Strategien erstellen, um die Wassernutzung nachhaltig zu planen und zu steuern
- Vorhersagen- und Warnsysteme optimieren



Kostenlose Beratung

Ihr habt eine Idee für eine Kampagne & sucht Unterstützung?

Braucht ihr Tipps, wie man die Forderungen formuliert, Unterschriften sammelt oder erfolgreich mit der Gemeindevertretung verhandelt? Wir unterstützen euch gerne!

info@klima-und-demokratie.de



GESELLSCHAFT
FÜR KLIMA
UND DEMOKRATIE

Der Hebel: Direkte Demokratie

Der Einwohnerantrag

Mit einem **Einwohnerantrag** setzt du dein Anliegen auf die Tagesordnung der Kommunalpolitik.

Unterstützt eine bestimmte Anzahl der Einwohner*innen (je nach Bundesland 1 bis 5%) deine Forderung, kannst du sie der Gemeindevertretung persönlich vorstellen. Anschließend muss die Politik darüber beraten und in manchen Bundesländern sogar darüber entscheiden.



- Auch komplexere Forderungen mit verschiedenen Aspekten sind möglich.
- In Bayern und Bremen heißt es Bürgerantrag.
- Unterschreiben dürfen oft auch Menschen ohne deutschen Pass und ab 14 oder 16 Jahren.
- In Hamburg und Hessen gibt es leider keinen Einwohnerantrag. :-(



Das Bürgerbegehren

Mit einem **Bürgerbegehren** kannst du verbindliche Entscheidungen in deiner Gemeinde herbeiführen.

Wenn eine bestimmte Anzahl der Bürger*innen (je nach Bundesland 2 bis 10 %) für dein Anliegen unterschreibt, muss der Gemeinderat darüber abstimmen. Lehnt er deine Forderung ab, folgt ein Bürgerentscheid. Das heißt, die Einwohner*innen stimmen ab und das Ergebnis ist für die Politik verbindlich.

Mehr Infos



- Das Begehr muss in kommunaler Verantwortung liegen & mit ja oder nein zu beantworten sein.
- In manchen Bundesländern muss die Initiative einen Kostendeckungsvorschlag machen.
- Unterschreiben & abstimmen dürfen nur Menschen mit Wahlrecht auf kommunaler Ebene.
- Im Bürgerentscheid muss oft ein Zustimmungsquorum erfüllt werden.